

Pegida-Demonstranten und Deutschlands Demokratie¹

Werner J. Patzelt

1. Konkurrierende Sichtweisen

Veröffentlichte und öffentliche Meinung hatten sich im Winter 2014/15 rasch festgelegt: Bei den Teilnehmern der zuerst in Dresden auftretenden Pegida-Demonstrationen, den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“², handelte es sich um völkische Anti-Demokraten, bestenfalls Vulgärdemokraten, und auf alle Fälle um solche Leute, mit denen „kein Staat zu machen“ ist – zumindest keiner mit einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Also sollte man dergleichen Leute aus der Öffentlichkeit verdrängen und deren Zusammenkünfte möglichst unterbinden. Nicht minder abweisend gaben sich die Pegida-Demonstranten – und vergleichsweise wenigen Pegida-Demonstrantinnen – selbst. In drei Rufen fassten sie viele ihrer Sichtweisen zusammen. Mit „Wir sind das Volk!“ meinten sie den Anspruch, gehört und ernst genommen zu werden. Mit „Volksverräter“ belegten sie die Politiker. Und mit „Lügenpresse!“ gingen sie sämtliche etablierten Medien an. Durch solch empörungsstarkes Auftreten samt großem Beifall für auch üble Demagogie nährten sie die in Medien, Politik und Zivilgesellschaft ohnehin weit verbreitete Überzeugung, bei ihnen handele es sich um objektiv gefährliche Gegner unseres Gemeinwesens. Wie aber standen Dresdens Pegidianer³ wirklich zur Demokratie?

- 1 Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter und gekürzter Auszug aus dem Kapitel 4 „Wer sind und wie denken Pegidianer?“ in *Werner J. Patzelt / Joachim Klose*, PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 149 – 294, vor allem S. 187 – 207. Siehe dort auch die Kapitel 2 („PEGIDAS Kundgebungen und Reden“, S. 101 – 148) und Kapitel 6 („Pegidianer im O-Ton“, S. 369 – 479). Sofern nicht anders angegeben ist, stammen alle berichteten Befunde aus den vier Demonstrantenbefragungen des Verfassers, die 2015 im Januar, April und Mai sowie im Januar 2016 durchgeführt wurden; deren Fragebögen sowie ausführliche Methodenberichte finden sich in *Werner J. Patzelt / Joachim Klose*, a.a.O., S. 614 – 630. Seither scheint es, abgesehen von einer sich bis in den April 2016 erstreckenden Fragebogenstudie (*Karl-Heinz Reuband*, Die Dynamik des Pegida Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 23. Jg. (2017), S. 112 – 130; sowie der Beitrag in diesem Heft), keine entsprechenden Umfragen mehr gegeben zu haben. Als Literaturbericht zum im Sommer 2016 verfügbaren Forschungsstand siehe *Werner J. Patzelt / Joachim Klose*, a.a.O., S. 149 – 153.
- 2 Unter diesem Namen organisiert seit Ende Oktober 2014 – und im Januar 2018 immer noch – eine Gruppe von Leuten aus Dresden und Umgebung allwöchentliche abendliche Dresdner Montagsdemonstrationen. Die Teilnehmerzahlen stiegen von anfänglich 350 auf rund 20.000 Mitte Januar 2015. Drei Jahre später sind es, mit einigem Auf und Ab, immer noch durchschnittlich gut 1.500 Demonstrationsteilnehmer. Zu deren soziographischen Merkmalen siehe *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 1), S. 154 – 166.
- 3 Um nicht allein schon mit der Bezeichnung der Dresdner „Abendspaziergänger“ eine Bewertung zu verbinden, wird hier von „Pegidianern“ oder von „Pegida-Demonstranten“ gesprochen. Hingegen werden die ausdrücklich zum Kampf gegen Pegida eingesetzten Begriffe „Peggy“, „Pegidiot“ oder „Pegidist“ gerade nicht verwendet. Der letztere Begriff ist außerdem darin irreführend, dass er ein Denkgebäude wie „Pegidismus“ nahelegt, das aber gar nicht existiert. Im Übrigen seien noch die folgenden Begriffe aus diesem Beitrag wie folgt geklärt: „Pegidianer“ sind regelmäßige oder nicht-regelmäßige, nicht in der Zuschauerrolle verharrende Teilnehmer an Pegida-Demonstrationen und obendrein Pegida-Sympathisanten beziehungsweise Pegida-Freunde; „Pegida-

2. Pegida-Demonstranten und ihre Einstellungen zur Demokratie

Schon im Januar 2015 hatten *Dieter Rucht* u.a. herausgefunden, dass keiner der von ihnen befragten Pegida-Demonstranten die Idee der Demokratie rundum ablehnte.⁴ Auf die Frage, was sie „im Vergleich zu anderen Staatsideen zur Idee der Demokratie“ sagten, gaben sich nur vier Prozent der befragten Pegida-Demonstranten als „etwas dagegen“ oder „ziemlich dagegen“, während 57 Prozent „sehr dafür“ und 30 Prozent „ziemlich dafür“ waren, zudem vier Prozent „etwas dafür“. Nichts anderes zeigten auch die späteren Pegida-Studien. Sie verwendeten zwei Fragen: „Ist Demokratie, alles in allem, eher etwas Vorteilhaftes oder etwas Problematisches?“ – und: „Wie zufrieden sind die Befragten „mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert?“⁵

Im Januar 2016 nannten nicht weniger als 78 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten die „Demokratie, alles in allem“ etwas „eher Vorteilhaftes“ (2015: Mai 71 Prozent, April 70 Prozent), während nur 22 Prozent (2015: Mai 29 Prozent, April 30 Prozent) sie für „eher problematisch“ hielten. Umgekehrt hatten schon *Dieter Rucht* u.a.⁶ herausgefunden, dass nur acht beziehungsweise vier Prozent der befragten Pegida-Demonstranten den folgenden Thesen zustimmten: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ beziehungsweise „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“.⁷ Unter den Deutschen insgesamt waren das – so die Mitte-Studie von *Oliver Decker* u.a. – sieben beziehungsweise sogar neun Prozent.⁸ Eine normative Gegnerschaft zur Demokratie beziehungsweise ein Demokratiever-

Demonstranten“ sind regelmäßige oder unregelmäßige, nicht in der Zuschauerrolle verharrende Teilnehmer an Pegida-Demonstrationen, und zwar unabhängig davon, ob sie auf der Grundlage ihrer Selbstsicht als Pegida-Sympathisanten oder als Pegida-Freunde bezeichnet werden könnten; „Pegida-Sympathisanten“ sind Personen, die mit Pegida – auf gleich welcher Wissensgrundlage und aus gleich welchen Gründen – auch ohne persönliche Teilnahme an Pegida-Demonstrationen sympathisieren und das, entsprechend befragt, in Umfragen oder in persönlichen Gesprächen zum Ausdruck bringen; „Pegida-Freunde“ sind Pegida-Sympathisanten, die nicht nur vage Sympathien für Pegida bekunden, sondern ausdrücklich erklären, sie teilten das, was sie – auf welcher Wissensgrundlage auch immer – für „Pegida-Positionen“ halten. – Sprachlicher Einfachheit halber werden die gut 20 Prozent weiblichen befragten Pegida-Demonstrantinnen meist nicht gesondert benannt.

- 4 *Dieter Rucht | Priska Daphi | Piotr Kocyba | Michael Neuber | Jochen Roose | Franziska Scholl | Moritz Sommer | Wolfgang Stuppert | Sabrina Zajak*, Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA, in: ipb working paper vom Februar 2015, https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit.ipb-working-paper_web.pdf (Abruf am 26. April 2016), S. 25.
- 5 Siehe hierzu auch *Hans Vorländer | Maik Herold | Steven Schäller*, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016, S. 108, wo einschlägige Befunde über Pegidianer und Deutsche aus insgesamt acht Studien mit allerdings unterschiedlichen Skalenlängen bei gleichen Fragestellungen zusammengestellt werden. Die dortigen Befunde passen bestens zu den nachstehend berichteten.
- 6 Vgl. *Dieter Rucht | Priska Daphi | Piotr Kocyba | Michael Neuber | Jochen Roose | Franziska Scholl | Moritz Sommer | Wolfgang Stuppert | Sabrina Zajak*, a.a.O. (Fn. 4).
- 7 Ebenda, S. 30.
- 8 Vgl. *Oliver Decker | Johannes Kiess | Elmar Brähler*, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, in: Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig, Leipzig 2014, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf (Abruf am 15. November 2017), S. 32.

verständnis allein im Sinne von „plebiszitär legitimierter autoritärer Führerschaft“ lässt sich den Pegida-Demonstranten also nicht empirisch belegbar zuschreiben. Das zeigten auch Florian Finkbeiner u.a., die Verfasser der Göttinger Pegida-Studie vom November 2015⁹: „Sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“ mit der Demokratie „als Idee im Allgemeinen“ gaben sich 63 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten, „eher unzufrieden“ und „sehr unzufrieden“ mit der „Idee“ der Demokratie nannten sich 19 Prozent; die übrigen sagten „teils-teils“. Mit der Demokratie, „wie sie in der Verfassung festgelegt ist“, waren immer noch 35 Prozent sehr beziehungsweise eher zufrieden, nur 25 Prozent eher beziehungsweise sehr unzufrieden, und der Anteil derer mit unklarem Urteil schoss nach oben.

Letztlich kritisieren die Pegidianeer also sehr wenig das „Ob“, doch sehr stark das „Wie“ von Demokratie in Deutschland. Das hatten schon zu Pegidas Anfängen Dieter Rucht u.a. herausgefunden: Der Aussage „Unser politisches System, also die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, funktioniert gut“, stimmten damals ganze sechs Prozent „überwiegend“ oder „ganz“, immerhin 24 Prozent „teilweise“ zu; doch 41 Prozent lehnten diese Aussage „überwiegend“ und 28 Prozent „völlig“ ab.¹⁰ Nichts anderes zeigt die Tabelle 1, die auch Vergleichszahlen aus den Göttinger Studien vom Januar und vom November 2015 enthält.¹¹

Tabelle 1: Pegidianeer-Zufriedenheit mit der Demokratie, „wie sie in Deutschland funktioniert“ (in Spaltenprozent)

	Göttinger Institut: Studie Januar 2015	Patzelt: Studie April 2015	Patzelt: Studie Mai 2015	Göttinger Institut: Studie November 2015	Patzelt: Studie Januar 2016
1 – zufrieden	5,4	2,6	3,0	1,3	2,6
2 – teils/teils	17,4	19,5	22,2	8,7	28,2
3 – unzufrieden	77,2	76,8	74,8	87,7	69,1
n	530	267	428	610	379
Mittelwert		2,8	2,7		2,7
Anmerkung: In der vorletzten Spalte fehlen auf 100 Prozent die verweigerten Antworten. Quelle: Eigene Zusammenstellung.					

- 9 Vgl. Florian Finkbeiner / Julian Schenke / Katharina Trittel / Christopher Schmitz / Stine Marg, PEGIDA. Aktuelle Forschungsergebnisse, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung vom Januar 2016, <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie> (unpaginiert; Abruf am 26. April 2016). Die Autoren fügen diesem Befund alarmistisch hinzu: „Aber es ist doch bemerkenswert, dass nun rund 20 Prozent der PEGIDA-Demonstranten prinzipiell mit der Demokratie („als Idee“) unzufrieden sind. Im Vergleich zu unserer Januar-Befragung hat sich dieser Anteil nahezu verdoppelt. Dies ist somit ein deutlicher Hinweis auf Radikalisierungstendenzen im Sinne antidemokratischer Einstellungsmuster“. Anders formuliert: Die Radikalisierung besteht darin, dass nicht mehr 90, sondern nur noch 80 Prozent der Befragten mit der Demokratie als Idee zufrieden sind.
- 10 Dieter Rucht / Priska Daphi / Piotr Kocyba / Michael Neuber / Jochen Roose / Franziska Scholl / Moritz Sommer / Wolfgang Stuppert / Sabrina Zajak, a.a.O. (Fn. 4), S. 27.
- 11 Die erste Spalte geht zurück auf Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter, PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015, S. 70, die vorletzte auf Finkbeiner / Julian Schenke / Katharina Trittel / Christopher Schmitz / Stine Marg, a.a.O. (Fn. 9).

Rund drei Viertel der Pegidianer – wenn nicht deutlich mehr – waren mit dem konkreten Funktionieren unserer Demokratie also unzufrieden. Was dahinter stehen mag, formulierten *Florian Finkbeiner* u.a. so: „Unzufrieden ... sind die Befragten mit der Situation und Verfasstheit der Bundesrepublik. Rund 65 Prozent sehen diese düster, nur sechs Prozent beurteilen die heutige Lage positiv.“¹² Analytisch naheliegend und politisch hilfreich wäre es angesichts solcher Befunde, den tatsächlichen Gründen rechtspopulistischer Politikverdrossenheit und rechts-alternativen Partizipationsverlangens nachzugehen. Angelpunkt von beidem scheint ein ziemlich geringes Vertrauen zum politischen System und zu den meisten seiner Akteure zu sein. *Florian Finkbeiner* u.a. etwa fanden:

„Das Vertrauen in Personen, Organisationen und Institutionen hat bei Pegida-Demonstranten erheblich abgenommen. Am meisten wird weiterhin noch der Polizei vertraut (aber auch lediglich zu 58 Prozent). Danach folgen interessanterweise Wissenschaft und Forschung (42 Prozent) und die mittelständischen Unternehmen (41 Prozent). Am wenigsten Vertrauen genießen weiterhin die Bundeskanzlerin, der Bundespräsident, die öffentlich-rechtlichen Medien und die EU. Allerdings: Die Dimensionen dieses Misstrauens haben sich deutlich erhöht, beziehungsweise die Werte sind weiter gestiegen um bis zu 16 Prozentpunkte. Diesen Institutionen wird gegenwärtig jeweils zu über 90 Prozent misstraut.“¹³

Ähnliches hatten ein Jahr vorher schon *Dieter Rucht* u.a. herausgefunden.¹⁴ Dass überparteiliche Institutionen wie Polizei, Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht viel Vertrauen genießen, von Parteien getragene Institutionen wie Bundesregierung oder Bundestag hingegen wenig und die Parteien selbst schon gleich ganz wenig Vertrauen, zeigt sich regelmäßig in Studien zum Institutionenvertrauen in Deutschland.¹⁵ Doch bei Pegida, dem Vorboden der zum Aufstieg der AfD führenden politischen Umschichtungen, erwies sich das Institutionenvertrauen noch um vieles geringer als beim Querschnitt der Bevölkerung. Damals schon zeigte sich, dass viele Pegidianer beziehungsweise Pegida-Sympathisanten dem Gemeinwesen innerlich gekündigt hatten oder zu kündigen bereit waren, also wirksame Ausdrucksmöglichkeiten für ihren Systemprotest wünschten. In deren Reihen spitzte sich im Grunde nur zu, was eine sich schon damals in Deutschland ausbreitende Stimmung war und bei der Bundestagswahl vom September 2017 in den Protestwählerfolg der AfD mündete. Deutlich war jenes Pegida/AFD-Potential bereits im Januar 2015 in einer Umfrage von Infratest dimap zu erkennen. Dort wurden zu demokratietheoretisch wichtigen Sachverhalten die Aussagen von deutschen Befragten insgesamt mit denen von Pegida-Sympathisanten verglichen (siehe Tabelle 2).

Beim Abstand, auf den Pegidianer und Pegida-Sympathisanten zur in Deutschland funktionierenden Demokratie gingen, handelte es sich anscheinend nicht einfach um eine schlicht anti-demokratische, pro-autoritäre Grundeinstellung, der auf verstockte Weise

12 *Florian Finkbeiner | Julian Schenke | Katharina Trittel | Christopher Schmitz | Stine Marg*, a.a.O. (Fn. 9, unpaginierter Internetressource).

13 Ebenda, unpaginierter Internetressource.

14 Vgl. *Dieter Rucht | Priska Daphi | Piotr Kocyba | Michael Neuber | Jochen Roose | Franziska Scholl | Moritz Sommer | Wolfgang Stuppert | Sabrina Zajak*, a.a.O. (Fn. 4), S. 26 f.

15 Systematisch dazu *Werner J. Patzelt*, Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: ZParl. 36. Jg. (2005), H. 3, S. 517 – 538; neueste Daten aus einer FORSA-Umfrage für den STERN finden sich unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3612/umfrage/institutionen-denen-die-deutschen-vertrauen/> (Abruf am 28. Januar 2018).

Tabelle 2: Demokratiebezug von deutscher Bevölkerung und von Pegida-Sympathisanten im Vergleich (in Prozent)

Es stimmen folgenden Aussagen zu ...	unter den Deutschen ab 18 Jahren	unter Pegida-Sympathisanten
„Die Bürger haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.“	64	85
„Politik ist so kompliziert, dass normale Bürger nicht verstehen, was vorgeht.“	58	65
„Die Interessen der Bürger werden von der Politik ausreichend berücksichtigt.“	21	12

Quelle: ARD / Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend Januar 2015, <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-243.pdf> (Abruf am 26. April 2016), S. 22.

nachgegeben würde. Es ging im Kern um das von vielen Deutschen geteilte Empfinden, es werde an Interessen der Bürger vorbeigeeilt – und zwar auch deshalb, weil die Bürger zu wenige Möglichkeiten hätten, ihrerseits auf Politik aktiv Einfluss zu nehmen. Eine plausible Gefühlsreaktion auf eine solche Situationsdefinition kann nun aber Empörung sein. Also läge die Frage nahe, welche Defizite des politischen Systems es wohl wirklich geben mag, die zu heftiger Systemkritik von rechts führen könnten. Des Weiteren wäre zu fragen, warum man bei den klar rechtspopulistischen Pegidianern vor allem nach *individuellen* Defiziten als Grund ihrer Empörung sucht, während man bei anderen Protestgruppen oft geneigt ist, erst einmal nach *gesellschaftlichen Problemen* Ausschau zu halten, die eine solche Problemwahrnehmung bewirken könnten.¹⁶

Tatsächlich unterschieden sich die Pegida-Demonstranten von den übrigen Deutschen nicht darin, dass sie individuell allesamt Rechtsradikale wären und somit als solche mit der Demokratie fremdelten (siehe Tabelle 3).

Gewiss stehen die Pegidianer beziehungsweise die befragten Pegida-Demonstranten klar weiter rechts als der Durchschnitt der Deutschen.¹⁷ Womöglich stehen sie sogar noch weiter rechts, als es die auf persönlichen Interviewaussagen beruhende Tabelle 3 nahelegt. Allerdings erbrachten die auf Online-Befragungen beziehungsweise schriftlichen Fragebögen beruhenden Studien von *Dieter Rucht* u.a.¹⁸ und *Karl-Heinz Reuband*¹⁹ auch kaum andere Befunde zur Selbstverortung von Pegidianern beziehungsweise von befragten Pegida-Demonstranten auf der Links/Rechts-Skala. Noch wichtiger als der Anteil von „sehr Rechten“ unter den Pegida-Demonstranten ist im Übrigen das Befundprofil dazu, welche Positionen

16 Siehe dazu *Stine Marg | Katharina Trittel | Christopher Schmitz | Julia Kopp | Franz Walter*, NoPEGIDA. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2016, S. 89: „Interessanterweise wird [von PEGIDA-Kritikern; der Verf.] die Schuld in diesem Zusammenhang [nämlich dass Pegidianer sich im bestehenden System als benachteiligt oder bedroht sähen; der Verf.] weniger in gesellschaftlichen Strukturen gesucht, die vermeintlich abgehängte Gruppen nicht auffangen, sondern beim Individuum. Eine kollektive Verantwortung für das Entstehen von Pegida wird nicht thematisiert, obwohl ihm eine direkte Auswirkung auf die Demokratie unterstellt wird. Man könnte vermuten, dass hier liberale Leitvorstellungen durchscheinen, denen zugrunde liegt, dass jedes Individuum in der Gesellschaft selbst für sich verantwortlich ist.“

17 Eine ausführliche Diskussion solcher Befunde sowie der ihnen zugrunde liegenden Fragetechnik gibt *Karl-Heinz Reuband*, a.a.O. (Fn. 1), S. 112 – 130, S. 60 – 65.

18 Vgl. *Dieter Rucht | Priska Daphi | Piotr Kocyba | Michael Neuber | Jochen Roose | Franziska Scholl | Moritz Sommer | Wolfgang Stuppert | Sabrina Zajak*, a.a.O. (Fn. 4).

19 Vgl. *Karl-Heinz Reuband*, a.a.O. (Fn. 1), S. 59 – 65.

Tabelle 3: Wie schätzen befragte Pegida-Demonstranten ihren politischen Standort ein? (in Spaltenprozent)

Selbstverortung	Deutsche insgesamt	befragte Pegida-Demonstranten			
	2014	Januar 2015	April 2015	Mai 2015	Januar 2016
1 – ganz links	3,4	2,2	1,1	1,7	2,2
2 – eher links	18,1	5,7	5,8	5,2	2,7
3 – genau in der Mitte	61,1	65,2	59,9	60,9	66,6
4 – eher rechts	15,5	22,5	29,0	28,0	21,1
5 – ganz rechts	1,9	4,4	4,2	4,2	7,4
n	1.575	227	259	404	365
arithmetisches Mittel		3,2	3,3	3,3	3,3

Anmerkung: Angaben für Deutsche insgesamt 2014: Deutsche ab 18 Jahre; elfstufige Skala: hier zusammengefasst: 0+1 als ‚1‘, 2+3 als ‚2‘, 4+5+6 als ‚3‘, 7+8 als ‚4‘, 9+10 als ‚5‘.
Quelle: Eigene Befragungen. Spalten „Deutsche insgesamt“: *Horst Baumann / Sonja Schulz*, ALLBUS. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 2014 – Variable Report. GESIS-Variable Reports Nr. 2015/30, Köln 2015, S. 895.

von diesen Personen besonders intensiv vertreten werden. Das zeigt die Übersicht 1, aus der die einschlägigen und quer über verschiedene Umfragen stabilen korrelationsanalytischen Befunde aus den Pegida-Studien des Verfassers hervorgehen.²⁰

Übersicht 1: Korrelate einer sehr rechten Einstellung von befragten Pegida-Demonstranten

Je weiter rechts sich ein Befragter einstuft (und als klar rechts von der Mitte versteht sich bis zu ein Drittel der Befragten), desto ...

- jünger ist er: Januar 2016 $r=-.14$ (2015: April $r=-.20$; Januar $r=-.16$)
- mehr stimmt er der Aussage zu, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt: $r=-.27$ (abgefragt erstmals im Januar 2016)
- weniger stimmt er der Aussage zu, es wäre gut, wenn an Pegida-Demonstrationen keine Rechtsradikalen oder Rechtsextremisten teilnähmen: Januar 2016 $r=.23$ (2015: Mai $r=.21$, April $r=.15$)
- eher meint er, Gewalt gegen politische Gegner wäre manchmal in Ordnung: Januar 2016 $r=-.26$ (2015: Mai $r=-.14$, April $r=-0.9$)
- weniger ist er der Ansicht, Deutschland solle auch weiterhin politisch verfolgte Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen: Januar 2016 $r=.21$ (2015: Mai $r=.12$, April $r=.10$, Januar $r=.27$)
- weniger ist er der Ansicht, ein friedlicher Islam gehöre zu Deutschland: Januar 2016 $r=.15$ (2015: Mai $r=.08$, April $r=.13$, Januar $r=.20$)
- eher meint er, niemand solle in einem Land leben, in das er aufgrund seines Aussehens nicht passt: $r=-.18$ (abgefragt erstmals im Januar 2016)
- stärker empfindet er sich als „deutscher Patriot“: Januar 2016 $r=-.10$ (2015: Mai $r=-.21$, April $r=-.25$, Januar $r=-.28$)

Quelle: Eigene Befragungen.

²⁰ Ein Korrelationswert von 1 (r-Koeffizient nach Bravais-Pearson) gibt dabei einen perfekten positiven linearen Zusammenhang wieder („je größer X, umso größer auch Y“), einer von -1 einen perfekten negativen linearen Zusammenhang („je größer X, umso kleiner Y“); und ein Wert von $r=0$ gibt an, dass überhaupt kein Zusammenhang besteht. Vorzeichen und Dezimalbruch des Ausdrucks „ $r=...$ “ beschreiben also die Art und die Stärke eines im Berechnungsmodell als linear angenommenen Zusammenhangs. Die genaue Bedeutung des Vorzeichens ergibt sich aus den Antwortvorgaben der korrelierten Fragen, kann ohne Blick in den Fragebogen also kontra-intuitiv wirken.

Nicht nur bestätigt die Übersicht 1 den Eindruck vieler Beobachter von Pegida-Kundgebungen, dass vor allem die jüngeren Teilnehmer – doch klar weniger jene Älteren, die stets den allergrößten Teil der Demonstranten stellten – sehr rechts eingestellt waren. Sondern es zeigt sich ebenfalls, dass die Selbsteinstufung besonders rechter Pegidianer völlig zu dem passt, was gemeinhin mit rechtsradikalen Einstellungen zusammengebracht wird. Gerade vor diesem Hintergrund ist es besonders aussagekräftig, dass die Unzufriedenheit mit der Demokratie eben nicht mit dem politischen Standort der Befragten zusammenhängt. Sehr wohl gilt das aber für jene zentralen Mobilisierungsthemen der letzten Jahre, um die herum Pegida aufkam und die AfD in viele Parlamente gelangte: Migration, Islam, gesellschaftliche Integrationsprobleme. Gleiches gilt für jenes „patriotische“ Grundgefühl, dem die Mobilisierung gerade um diese Themen herum zu entspringen scheint. Welche Merkmale und Einstellungen von befragten Pegida-Demonstranten dann unmittelbar mit ihrer so überaus großen Kritik an unserer praktizierten Demokratie einhergehen, führen die Befunde in der Übersicht 2 vor Augen.²¹

Übersicht 2: Korrelate von Unzufriedenheit mit Deutschlands Demokratie bei befragten Pegida-Demonstranten

Wer (wie bis zu drei Vierteln der befragten Pegida-Demonstranten) mit der in Deutschland konkret funktionierenden Demokratie unzufriedener ist, der ...

- hat häufiger an den Dresdner Pegida-Demonstrationen teilgenommen: Januar 2016 $r=.24$ (2015: Mai $r=.12$, April $r=.08$)
- stimmt weniger der Aussage zu, er könne manche Ansichten und Vorwürfe von Pegida-Gegnern verstehen: Januar 2016 $r=-.17$ (2015: Mai $r=-.19$, April $r=-.15$)
- fühlt sich durch Parteien und Politiker weniger vertreten: Januar 2016 $r=.28$ (Mai $r=.32$, April $r=.32$)
- hält die Medienberichterstattung über Pegida für weniger ausgewogen: Januar 2016 $r=.18$ (2015: Mai $r=.13$, April $r=.26$)
- fühlt sich stärker als „deutscher Patriot“: $r=-.28$ Januar 2016 (2015: Mai $r=-.21$, April $r=-.05$)
- meint stärker, wer in Deutschland Einfluss haben wolle, solle erst einmal etwas für das Land leisten: $r=-.23$ (2015: Mai $r=-.21$, April $r=-.14$)
- stimmt mehr der Aussage zu, Deutschland nehme zu viele Asylbewerber auf: Januar 2016 $r=-.21$ (2015: Mai $r=-.17$, April $r=-.11$)
- stimmt mehr der Aussage zu, es solle einfach weniger Ausländer in Deutschland geben: Januar 2016 $r=-.10$ (2015: Mai $r=-.10$, April $r=-.05$)

Quelle: Eigene Befragungen.

Klar hängt mit dem Engagement für Pegida Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie zusammen. Weil aber doch weit über 70 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten Demokratie als etwas „alles in allem Vorteilhaftes“ erachten, drückt sich darin nicht Unzufriedenheit damit aus, dass Deutschland *überhaupt* demokratisch regiert wird. Es geht den Befragten vielmehr um das *Wie* des Regierens in Deutschland und um dessen Ergebnisse. Als einer von zwei auffälligen Gründen für konkrete Demokratieunzufriedenheit zeigt sich dabei, dass sehr viele Pegidianer meinen, Deutschland hätte die Kontrolle darüber aufgegeben, wer in welcher Anzahl im Lande Zuflucht finden könne. Zu

21 Stellt man die befragten Pegida-Demonstranten, die die Demokratie für etwas „eher Vorteilhaftes“ halten, jenen gegenüber, die Demokratie für etwas „eher Problematisches“ halten und vergleicht man die statistisch signifikant unterschiedlichen Mittelwerte, so zeigt sich im Wesentlichen das gleiche Muster wie in der nachstehenden Übersicht von korrelationsanalytischen Befunden.

viele Migranten nämlich sah ein Großteil der Befragten ankommen, und zumal solche, die ausweislich ihrer Kultur und nach ihrer – zumeist islamischen – Religion ihnen nicht zu Deutschland zu passen schienen. Und ein zweiter Grund für die konkrete Demokratieunzufriedenheit von Pegidianern liegt offenbar darin, dass sie sich von Parteien und Politik schlecht vertreten und von den Medien unzutreffend dargestellt empfinden.

Solche Zusammenhänge machen deutlich, wie unzulänglich es ist, derlei Demokratieunzufriedenheit schlicht auf „vulgärdemokratische Fehlvorstellungen“ zurückzuführen, wie das etwa *Vorländer* u.a. versuchten.²² Außerdem wird plausibel, dass die meisten Gegenreaktionen auf Pegida – Gegendemonstrationen, Auslachen, Ausgrenzung usw. – gerade nicht geeignet sein konnten, die auf Seiten von Pegida so große Demokratieunzufriedenheit abzubauen oder die Demonstranten zu normalen Akteuren pluralistischer politischer Partizipation werden zu lassen.²³ Die Mehrzahl der Politiker wollte ja gerade nicht auf die Anliegen der Pegidianer eingehen²⁴; bis auf wenige Ausnahmen entschieden sich die meisten Medien für anwaltschaftlichen „Journalismus gegen Pegida“²⁵; in Politik und Zivilgesellschaft formulierte man fehlinformierte Ansichten über Pegida bald so schrill, dass die Voraussetzungen von Kommunikation ohnehin zerfielen²⁶; auch wurde – zumindest bis zu den „Kölner Ereignissen“ in der Silvesternacht 2015/16 oder gar dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 – so getan, als wären sämtliche Sorgen von Pegida-Sympathisanten wegen der Folgen von Migration oder des Agierens muslimischer Migranten an den Haaren herbeigezogen; und indem man von vornherein „Pegidisten“ mit „Rechtsextremisten“ gleichsetzte sowie dieser Gleichung auch noch einen pauschalen Ras-

22 Vgl. *Hans Vorländer | Maik Herold | Steven Schäler*, a.a.O. (Fn. 5).

23 Siehe dazu etwa den Überblick ebenda, S. 17 – 30.

24 Der damalige SPD-Vorsitzende *Sigmar Gabriel* erntete denn auch sehr scharfe Kritik, als er im Januar 2015 nicht mehr tat, als bei einer Dresdner Diskussionsveranstaltung mit Pegida-Anhängern im Publikum zu sitzen und nach dem Ende der Veranstaltung sich den etlichen Fragen und Vorwürfen zu stellen.

25 Siehe dazu etwa *Kai Gniffke*, „Tagesschau“-Chef gibt Fehler bei Pegida-Berichterstattung zu, in: Die Welt online vom 5. Juli 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166290122/Tagesschau-Chef-gibt-Fehler-bei-Pegida-Berichterstattung-zu.html> (Abruf am 28. Januar 2018).

26 Den Vogel schoss wohl der Mainzer Honorarprofessor für Landespolitik *Gerd Mielke* ab, viele Jahre lang tätig in der Mainzer Staatskanzlei unter den SPD-Ministerpräsidenten *Rudolf Scharping* und *Kurt Beck*, nämlich am 9. November 2015 bei einem Interview mit der „Landesschau AKTUELL“ des rheinland-pfälzischen SWR-Fernsehens; siehe <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/interview-mit-mainzer-politikwissenschaftler-gerd-mielke-afd-ist-speerspitze-der-pegida-subkultur/-/id=1682/did=16440736/nid=1682/1f3r3i9/index.html> (Abruf am 26. April 2016). Er machte nämlich den folgenden farnosen Vorschlag, wie man den Dresdner Pegida-Demonstrationen nach einem Jahr endlich beikommen könnte: „Hier plädiere ich für ein sehr drastisches Vorgehen gegen die Anhänger der Rechten. ... man sollte auf eine konsequente Einschüchterung des ‚Packs‘ durch eine konsequente Kriminalisierung setzen, eine Strategie, die zumindest die AfD und die Pegida von ihren autoritären Mitläufermassen trennen würde. These: ‚Wenn sich die Mengen von rechtsaffinen Kleinbürgern in Dresden in einem dreistündigen Polizeikessel erst alle mal in die Hose gepinkelt haben und abschließend mit Wasserwerfern traktiert wurden, dann haben sie für eine geraume Weile genug vom Demonstrieren“. Das kann man zwar so machen, also nicht anders, als es die SED zum Ende der DDR mit den damals Aufbegehrenden gehalten hat. Nur haben derlei Einschüchterungsphantasien mit den Leitgedanken einer Demokratie oder mit der Praxis einer freiheitlichen Gesellschaft recht wenig zu tun. Eher drückt sich in ihnen genau jene „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ aus, die gar nicht wenige Pegida-Gegner allein bei den Pegidianern erkennen wollten.“

sismusverdacht beifügte, löste man einen Prozess trotziger Solidarisierung seitens aller aus, die sich einmal dazu durchgerungen hatten, in Dresden oder anderswo „zum Pegidianer oder Pegida-Sympathisanten zu werden“ – und sei es auch nur innerlich. Der zumal in Sachsen so große AfD-Erfolg bei der Bundestagswahl von 2017 ist eine späte Frucht eben dieser politisch ganz kontraproduktiven Reaktionen auf Pegida.

3. Die Repräsentationslücke und ihre Begleiterscheinungen

Repräsentative Demokratie beruht darauf, dass Parteien und Politiker nicht ignorieren, sondern vielmehr bei ihrem Handeln sorgsam beachten, welche Interessen und Präferenzen mit welcher Häufigkeit und Intensität in einer zu repräsentierenden Bevölkerung bestehen. Obendrein beruht das Gelingen von Repräsentation darauf, dass die Bevölkerung sich in ihren politischen Wünschen ernstgenommen fühlt – und zwar mindestens in der Weise, dass in Politik und Öffentlichkeit ein seriöser Diskurs über solche Wünsche geführt wird, also einer, der sich nicht im Politainment der Talkshows oder Satiresendungen erschöpft. Wenn es nun aber in einem breiten Bereich des politischen Spektrums einer Bürgerschaft keinerlei grundständiges Vertrauen mehr dahingehend gibt, wenigstens eine einzige staatstragende Partei kümmere sich um die eigenen Interessen und Präferenzen als Bürger oder nähme einen mit seiner eigenen politischen Meinung soweit ernst, dass über diese zumindest redlich gesprochen würde, dann besteht eine Repräsentationslücke.²⁷

Repräsentationslücken lassen sich, falls plebiszitäre Instrumente verfügbar sind, durch Volksabstimmungen während einer Wahlperiode kurzfristig schließen. Diese erzwingen nämlich entweder eine Berücksichtigung bislang vernachlässigter Bürgerwünsche durch praktische Politik oder weisen immerhin nach, dass es klaren politischen Dissens zwischen Abstimmungsmehrheit und Abstimmungsminderheit gibt. Mittelfristig werden Repräsentationslücken dadurch geschlossen, dass sich viele Bürger bei demoskopischen Umfragen oder – vor allem – bei Wahlen für eine ihren Präferenzen nahe kommende Protestpartei aussprechen. Das verändert dann vielleicht sogar die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und schiebt – womöglich auch vorauswirkend – manche bis dahin eingenommene Position der etablierten Parteien in jene Richtung, in der die Schließung einer durch unzulängliche Responsivität von Politikern aufgerissenen Repräsentationslücke möglich wird.

Letzten Endes wird in solchen Überlegungen nur jene „ökonomische Theorie der Demokratie“ – so der Titel des 1957 erstmals erschienenen, höchst einflussreichen Werks von *Anthony Downs* – repräsentationsanalytisch verdichtet, die Vergleiche zwischen den „mittleren Präferenzpunkten“ von politiknachfragenden Wählergruppen sowie von politikanbietenden Parteien anstellt und dadurch die Dynamik auf politischen Nachfrage- und Angebotsmärkten erklärt. Vor diesem Hintergrund erweist sich der Aufstieg der AfD recht einfach als jener Umbau im Parteiensystem, der durch die Entstehung einer neuen, tiefgreifenden Spaltung in Deutschlands Gesellschaft und Wählerschaft bewirkt, aber vom bisher-

²⁷ Zur Theorie und Praxis der „Repräsentationslücke“ siehe *Werner J. Patzelt*, „Repräsentationslücken“ im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 13. Jg. (2015), H. 1, S. 99 – 126; *ders.*, Der 18. Deutsche Bundestag und die Repräsentationslücke. Eine kritische Bilanz, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 15. Jg. (2017), H. 2/3, S. 245 – 285.

gen Parteiensystem zwischen Linkspartei und Union nicht klar abgebildet wurde. Das ist die Frontstellung zwischen den Befürwortern von merklicher Migration nach Deutschland und deren Gegnern, sowie – weitgehend deckungsgleich – zwischen den Befürwortern einer multikulturellen Gesellschaft hierzulande und jenen, die sie heftig ablehnen. Dieser inzwischen ganz unübersehbaren Konfliktlinie, ihrerseits oft auch eine zwischen als „politisch korrekt“ beziehungsweise als „politisch unkorrekt“ empfundenen Politikpräferenzen, mochten die bestehenden Parteien im Rahmen ihrer eingespielten Politikkonkurrenz aber keinen klaren Ausdruck verleihen. Das übernahm – abgesehen von der CSU und kleineren Teilen der CDU – eben die AfD, seit sie sich migrationspolitisch als Alternative zum politischen Establishment aufstellte. Eben deshalb konnte sie große Erfolge feiern, seit sie im Sommer 2015 zur Pegida-Partei geworden war.

Die Übersicht 2 hat bereits deutlich gemacht, dass die Unzufriedenheit von Pegidianern mit der in Deutschland funktionierenden Demokratie deutlich damit zusammenhing, dass sie sich durch Parteien und Politiker nicht so recht vertreten fühlten. In wie großem Umfang eine solche Repräsentationslücke von den befragten Pegida-Demonstranten tatsächlich empfunden wurde, zeigt Tabelle 4.

Tabelle 4: „Ich fühle mich durch unsere Parteien und Politiker vertreten!“, Einstellungen von befragten Pegida-Demonstranten (in Spaltenprozent)

	Januar 2015	April 2015	Mai 2015	Januar 2016
1 – stimme sehr zu	0,0	1,1	0,2	1,3
2 – stimme eher zu	2,1	1,5	1,2	0,5
3 – teils-teils	7,5	4,1	3,0	4,2
4 – stimme eher nicht zu	15,9	11,9	14,9	10,7
5 – stimme überhaupt nicht zu!	74,5	81,5	80,7	83,3
n	239	270	430	384
Mittelwert	4,6	4,7	4,8	4,7

Quelle: Eigene Befragungen.

Noch weniger als im Januar 2015 sahen sich die Pegida-Demonstranten also ein Jahr später von Parteien und Politikern vertreten, und stets über 90 Prozent empfanden mehr als nur ansatzweise eine Repräsentationslücke. Tatsächlich hatten schon *Dieter Rucht* u.a. gefunden, dass 38 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten der folgenden Aussage „ganz“ zustimmten und 31 Prozent immerhin „überwiegend“: „Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Teilweise stimmten dieser These weitere 21 Prozent zu, während nur zehn Prozent sie „überwiegend“ oder „völlig“ ablehnten.²⁸ Ähnliches zeigen auch die von *Hans Vorländer* u.a. kompakt zusammengestellten Daten aus u.a. den Leipziger Mitte-Studien: Je 94 Prozent der Ost- und (!) Westdeutschen meinten im Jahr 2010, Leute wie sie hätten „keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“; und 2014 stimmten zwar 73 Prozent der Westdeutschen, doch nur 47 Prozent der Ostdeutschen der Aussage zu: „In der Bundesrepublik Deutschland fühle ich mich politisch zu Hause.“²⁹ Mit solcher Empfindung, nicht wirklich repräsentiert zu werden, waren die Pegida-Demonstranten also durchaus nicht

28 Vgl. *Dieter Rucht* | *Priska Daphi* | *Piotr Kocyba* | *Michael Neuber* | *Jochen Roose* | *Franziska Scholl* | *Moritz Sommer* | *Wolfgang Stuppert* | *Sabrina Zajak*, a.a.O. (Fn. 4), S. 27.

29 Vgl. *Hans Vorländer* | *Maik Herold* | *Steven Schüller*, a.a.O. (Fn. 5), S. 115.

allein. Schon am 18. September 2013, also über ein Jahr vor Pegidas Anfängen, berichtete die WELT auf breiter demoskopischer Grundlage von solchen Repräsentationsmängeln:

„Eine Umfrage des Hamburger Meinungsforschungsinstituts Ipsos ergab, dass sich 86 Prozent der Bürger von den Parteien nicht mehr angemessen repräsentiert fühlen. Die Parteien seien mehr am Machterhalt als am Wohl der Bürger interessiert, so das Urteil der enttäuschten Bürger. Vor allem die älteren Wähler ab 55 Jahren haben offensichtlich das Vertrauen in die Politik verloren. 90 Prozent zweifeln inzwischen an der Ehrlichkeit und Verlässlichkeit der Politiker.“³⁰

Eben solche älteren Bürger stellten nun aber die Mehrheit der Pegida-Demonstranten. Gerade um die empfundene Repräsentationslücke fallweise schließen zu können, nämlich bei ihnen wichtigen politischen Fragen, forderten die Pegidianer denn auch – ebenso wie lange Zeit weite Teile von Linken und Grünen – die Einführung von plebiszitären Instrumenten auf Bundesebene; und weil diese nicht in Sichtweite war, setzten sie ihre Hoffnungen darauf, eine starke AfD werde – ganz gemäß der Logik parteienstaatlichen Wettbewerbs – die Politik- und Präferenzkalküle der etablierten Parteien in die von ihnen erwünschte Richtung verändern. Das scheint seit den Landtagswahlerfolgen der AfD im Frühjahr 2016 auch wirklich so zu kommen: von migrationseinschränkenden „Asylpaketen“ der Bundesregierung über die Betonung der Wichtigkeit einer „Rückführung von Nichtbleibberechtigten in ihre Länder“ bis hin zur Behandlung von Migration im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche zur möglichen Neubildung einer Koalition aus SPD und Union.

Tatsächlich war es schon während der Entstehungsphase von Pegida gerade die Migrationspolitik, bei der die meisten Deutschen – und eben nicht nur die Pegida-Sympathisanten – auf Seiten der regierungstragenden Parteien erhebliche Mängel in der Responsivität beziehungsweise Reaktionsbereitschaft empfanden. Laut einer Infratest-Umfrage vom Dezember 2014 meinten schon damals nur 28 Prozent der Bevölkerung, Union und SPD gingen bei der Flüchtlings- und Migrationspolitik genug auf die Sorgen der Bürger ein; 65 Prozent bestritten dies.³¹ Also war es nicht verwunderlich, dass Pegida gerade um die Migrations- und Integrationspolitik herum aufwuchs. Ebenso wenig überrascht es deshalb, dass – nach entsprechender Veränderung ihres anfänglichen Kurses – die AfD sich seit dem Sommer 2015 gerade mit dem Migrationsthema als Partei rechts von CDU und CSU etablieren konnte.

Auch förderte die Entfremdung zunächst der Pegida-Demonstranten, dann der AfD-Sympathisanten vom bundesdeutschen Politikbetrieb erst recht, ja befeuerte deren lautstarke Bekundung von Verachtung für dessen Akteure, dass es während jener ganzen Zeit – für Zeitungsleser und Fernsehzuschauer völlig unübersehbar – den meisten Politikern, Journalisten und soziokulturellen Elitenangehörigen ein ganz wichtiges Anliegen war, die Politikwünsche von Pegida und später der AfD – zumal das Verlangen nach einer Korrektur der Migrationspolitik – nicht nur zurückzuweisen, sondern auch als ganz unbegründet oder einfach töricht hinzustellen.³² Eine Umfrage von Infratest dimap schon aus dem Januar 2015, dem

30 Claudia Ehrenstein, Warum 86 Prozent von der Politik enttäuscht sind, in: Die Welt online vom 18. September 2013, <http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/article120145591/Warum-86-Prozent-von-der-Politik-enttaeuscht-sind.html> (Abruf am 26. April 2016).

31 Vgl. Melanie Amann | Nikolaus Blome | Peter Müller, Die CDU gibt den konservativen Rand frei – rückt Deutschland nach rechts?, in: Der Spiegel vom 15. Dezember 2014, S. 20 – 22.

32 Etwa: „Wie kann man Leute ernstnehmen, die sich über angeblich gefährliche Muslime dort Sorgen machen, wo es gar keine Muslime gibt?“ – Siehe zu alledem sowie mit weiteren Literatur-

Höhepunkt der Pegida-Demonstrationen, erbrachte nämlich: Nicht nur 85 Prozent der Pegida-Sympathisanten, sondern auch 52 Prozent der Befragten insgesamt meinten, „Parteien und Politiker sollten auf die Pegida-Bewegung zugehen“; hingegen vertraten nur 38 Prozent der Deutschen – und erst recht nur fünf Prozent der Pegida-Sympathisanten – die Ansicht, Parteien und Politiker sollten sich von Pegida „klar abgrenzen“.³³ Doch ganz im Gegenteil setzten Deutschlands Parteien, Politiker und zivilgesellschaftlichen Akteure gerade auf das Ausgrenzen der Pegidianer durch immer schärfere Worte. Das weitete die Repräsentationslücke noch mehr. Den Nutzen davon hatte die AfD, die sich – nach Neubestimmung ihres politischen Kurses in der Sommerkrise von 2015 – in genau dieser Lücke festsetzte.

Was aber geht mit dem Gefühl, von Parteien und Politikern nicht vertreten zu werden, an weiteren Merkmalen der Pegida-Demonstranten einher? Das zeigt die Übersicht 3.

Übersicht 3: Korrelate der empfundenen Repräsentationslücke bei Pegida-Demonstranten

Wer (wie im Januar 2016 bis zu 94 Prozent, im Januar 2015 bis zu 90 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten) sich von Parteien und Politikern weniger vertreten fühlt, der ...

- ist weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland: Januar 2016 $r=.28$ (2015: Mai $r=.32$, April $r=.32$)
- hält die Berichterstattung über Pegida für weniger ausgewogen: Januar 2016 $r=.27$ (2015: Mai $r=.38$, April $r=.47$, Januar $r=.25$)
- meint eher, Pegida-Anhänger diskutierten im Internet sachlich und konstruktiv: Januar 2016 $r=-.16$ (2015: Mai $r=-.11$, April $r=-.09$)
- meint weniger, manche Ansichten und Vorwürfe von Pegida-Gegnern könne man durchaus verstehen: Januar 2016 $r=.20$ (2015: Mai $r=.19$, April $r=.23$)
- meint eher, Deutschland nähme zu viele Asylbewerber auf: kein Befund 2016; 2015: Mai $r=-.20$, April $r=-.05$, Januar $r=-.28$
- meint eher, niemand solle in einem Land leben, in das er aufgrund seiner Kultur, seiner Religion, seines Verhaltens oder seines Aussehens nicht passt: kein Befund 2016; 2015: Mai $r=-.10$, April $r=-.13$
- meint weniger, ein friedlicher Islam gehöre zu Deutschland: Januar 2016 $r=.19$ (2015: Mai $r=.20$, April $r=.18$, Januar $r=.20$)
- meint eher, wer Deutschland nicht mag, solle das Land verlassen: Januar 2016 $r=-.11$ (2015: Mai $r=-.25$, April $r=-.05$)
- nahm öfter an Pegida-Demonstrationen teil: Januar 2016 $r=.17$ (2015: Mai $r=.14$, April $r=.09$, Januar $r=.23$)
- meint eher, die Pegida-Demonstrationen veränderten Deutschland zum Besseren: Januar 2016 $r=-.15$ (2015: Mai $r=-.14$, April $r=-.14$)

Quelle: Eigene Befragungen.

Verständlicherweise schätzt das reale Funktionieren unserer Demokratie schlechter ein, wer sich von Parteien und Politikern auch weniger vertreten fühlt. Gleiches gilt für jene, welche die Medienberichterstattung über sich als unausgewogen empfinden; und erneut zeigt sich die Migrationspolitik als ein wichtiger, wenngleich nicht einziger Grund der Beziehungsstörungen zwischen Politik und Pegidianern.

verweisen *Michael Haller*, Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2017.

33 Vier Prozent aller Befragten und drei Prozent der Pegida-Sympathisanten votierten für „ignorieren“. ARD / Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend Januar 2015, <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-243.pdf> (Abruf am 26. April 2016), S. 18.

4. Pegidianer und Öffentlichkeit

Freie Medien, die zwar meinungsstark, doch tatsachengetreu über die Lage in Wirtschaft und Gesellschaft, in Kultur und Politik berichten, sind wichtige Bestandteile einer pluralistischen Demokratie. Deren Funktionieren dürfte für eher schlecht halten, wer sich gerade von willentlich demokratieunterstützenden Medien recht unfair behandelt fühlt. So war es, wie sich vielen Aussagen von Pegida-Rednern und vielen Gesprächen mit Pegida-Demonstranten entnehmen ließ³⁴, auch mit den Pegidianern. Gerade deshalb wurde der Ruf „Lügenpresse!“ zu einem sehr wichtigen Inszenierungsbestandteil ihrer Kundgebungen. Tatsächlich hatten schon im Januar 2015 *Dieter Rucht* u.a. gefunden, dass der These „Im Großen und Ganzen ist der Ausdruck ‚Lügenpresse‘ zutreffend“ nicht weniger als 97 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmten, während sie nur zwei Prozent der Demonstranten zurückwiesen.³⁵

Hinter diesem Eindruck stehen durchaus reale Erfahrungen von Pegidianern mit undifferenzierter, parteiischer, ja auch herabsetzender Medienberichterstattung über sie.³⁶ Allerdings sind die Zusammenhänge sehr verwickelt. *Wolfgang Donsbach* und *Anna-Maria Schielicke* etwa fanden, dass in Dresden bereits die Tatsache, ob man die Ziele von Pegida teilte oder eben nicht, das Vertrauen in Journalisten veränderte: Pegida-Gegner vertrauten Journalisten durchaus, Pegida-Freunde allenfalls ein wenig; und erst recht kein solches Vertrauen fand man bei den Pegidianern selbst.³⁷ Das zeigen auch die Befragungsergebnisse in Tabelle 5. Zu beurteilen waren die folgenden Aussagen: „Die Berichterstattung über Pegida ist ausgewogen“ sowie: „Mit Kritikern von Pegida kommt man einfach nicht ins Gespräch“. Weil Kritiker ihre Positionen meist nicht auf persönliche Beobachtungen, sondern auf die Medienberichterstattung über Pegida gründeten, liegt eine gemeinsame Betrachtung der Befunde nahe.

Drei Monate nach dem Ende des Medienhypes um Pegida, der bis zum Zerfall des Organisationsteams im Januar 2015 andauerte, fühlten sich Pegida-Demonstranten also von den Medien noch schlechter behandelt als zuvor; und noch einmal schlechter behandelt empfanden sie sich im Januar 2016.³⁸ Auch rund die Hälfte der Deutschen schien – laut einer Umfrage des Erfurter INSA-Instituts für das Magazin Focus vom Januar 2015 – schon in den Anfangsmonaten Pegidas die Einschätzung zu teilen, dass die Medien über die

34 Siehe dazu das Kapitel 2 („PEGIDAS Kundgebungen und Reden“) in: *Werner J. Patzelt | Joachim Klose*, a.a.O. (Fn. 1), S. 101 – 148, vor allem S. 124 – 130.

35 Vgl. *Dieter Rucht | Priska Daphi | Piotr Kocyba | Michael Neuber | Jochen Roose | Franziska Scholl | Moritz Sommer | Wolfgang Stuppert | Sabrina Zajak*, a.a.O. (Fn. 3), S. 28.

36 Systematische Medieninhaltsanalysen scheinen noch zu fehlen; siehe aber *Hans Vorländer | Maik Herold | Steven Schäller*, a.a.O. (Fn. 5), S. 18 – 22; *Kai Gniffke*, a.a.O. (Fn. 25); *Michael Haller*, a.a.O. (Fn. 32).

37 Vgl. *Wolfgang Donsbach | Anna-Maria Schielicke*, Welche Einstellungen führen zu PEGIDA?, in: Pressemitteilung des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden vom 23. Januar 2015, http://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2015/01/PM_Pegida_2015_01_23.pdf (Abruf am 26. April 2016).

38 Bei der Kontextualisierung dieser Befunde sind die folgenden Umfrageergebnisse hilfreich: Laut einer Umfrage von Infratest dimap vom November 2015 vertrauten 49 Prozent der Deutschen den Printmedien eher nicht, 46 Prozent eher schon (Europäische Kommission, Standard-Eurobarometer 86, Anlage, Herbst 2016, S. 38). Dem Fernsehen vertrauten 41 Prozent eher nicht, 55 Prozent eher schon (ebenda, S. 40). Und dem Radio vertrauten nur 35 Prozent eher nicht, 61 Prozent hingegen eher schon (ebenda, S. 39).

Tabelle 5: Eindrücke von befragten Pegida-Demonstranten von Pegidas öffentlicher Wahrnehmung (Angaben in Spaltenprozent)*

Befragung	Berichterstattung ist ausgewogen				Mit Kritikern kommt man nicht ins Gespräch			
	Januar 2015	April 2015	Mai 2015	Januar 2016	Januar 2015	April 2015	Mai 2015	Januar 2016
1 – stimme sehr zu	1,3	2,3	2,3	2,1	38,0	36,1	42,2	29,3
2 – stimme eher zu	1,1	2,1	1,5	2,9	15,9	19,6	16,3	12,6
3 – teils-teils	2,6	3,0	3,7	7,0	28,1	23,5	19,9	37,7
4 – stimme eher nicht zu	10,0	9,9	9,7	13,8	7,9	8,2	8,8	11,6
5 – stimme überhaupt nicht zu	85,0	82,5	82,8	74,2	10,1	12,6	12,8	8,8
n	381	429	267	240	366	404	251	215
Mittelwert	4,8	4,7	4,7	4,6	2,4	2,4	2,3	2,6

* Beide Antwortverteilungen hingen im Frühsommer 2015 nicht miteinander zusammen; nur im Januar 2015 und 2016 fanden sich geringe Zusammenhänge von $r=-.13$ beziehungsweise $r=-.10$. Das mag immerhin eine Tendenz dahingehend anzeigen, dass jene leichter mit Kritikern ins Gespräch zu kommen meinen, welche die Berichterstattung eher für ausgewogen halten.

Quelle: Eigene Befragungen.

Dresdner Demonstranten nicht objektiv berichteten. Sogar unter den Anhängern von SPD und Grünen sagten dies 35 beziehungsweise 38 Prozent, unter den Anhängern von CDU/CSU 42 Prozent, unter denen von FPD und Linkspartei (!) 51 beziehungsweise 52 Prozent. Und jene 71 Prozent Nichtwähler, welche die Berichterstattung über Pegida nicht als objektiv ansahen, scheinen ihrerseits gut zu jenen 79 Prozent AfD-Anhängern zu passen, für die Gleiches galt.³⁹ Auch eine Umfrage von infratest dimap für die ZEIT kam Anfang Mai 2015 zu dem Ergebnis, dass zwar 40 Prozent der Deutschen (sehr) großes Vertrauen in die Berichterstattung über die „Proteste des islam-kritischen Bündnisses Pegida in Dresden“ hatten; doch nicht weniger als 41 Prozent bekundeten wenig Vertrauen, und 15 Prozent gar keines.⁴⁰ Wer von den befragten Pegida-Demonstranten aber Pegida von den Medien besonders unausgewogen – und in der Selbstsicht: als besonders unfair – dargestellt empfand, ist der Übersicht 4 zu entnehmen.

Vor allem die älteren – und, wie sich in Pegida-Studien mehrfach zeigte, auch treueren – Pegida-Anhänger hielten die Berichterstattung über ihre Kundgebungen für unausgewogen.⁴¹ Dasselbe taten jene, die sich durch Parteien und Politiker schlechter vertreten sahen, sowie jene, die mit dem Funktionieren unserer Demokratie besonders unzufrieden waren.

39 Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/381496/umfrage/umfrage-zu-einer-objektiven-berichterstattung-ueber-die-pegida-demonstrationen> (Abruf am 26. April 2016); siehe auch <http://meedia.de/2015/01/23/focus-umfrage-haelfte-der-deutschen-haelt-pegida-berichterstattung-fuer-nicht-objektiv/> (Abruf am 12. November 2017).

40 Quelle: „Wird über die Pegida-Demonstrationen in den Medien objektiv berichtet?“, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/381496/umfrage/umfrage-zu-einer-objektiven-berichterstattung-ueber-die-pegida-demonstrationen> (Abruf am 26. April 2016); siehe auch „Focus-Umfrage: Hälfte der Deutschen hält Pegida-Berichterstattung für nicht objektiv“, in: Meedia online vom 23. Januar 2015, <http://meedia.de/2015/01/23/focus-umfrage-haelfte-der-deutschen-haelt-pegida-berichterstattung-fuer-nicht-objektiv/> (Abruf am 12. November 2017).

41 Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller, a.a.O. (Fn. 5), S. 122 f. konnten überdies zeigen, dass unter den im Januar 2015 Befragten sowohl die Besserverdienenden als auch – damit oft verknüpft – Bessergebildeten mehr Medienkritik äußerten.

Übersicht 4: Korrelate einer als besonders unausgewogen und – in der Selbstsicht: als besonders unfair – empfundenen Berichterstattung über Pegida bei Pegida-Demonstranten

Wer (wie bis zu 95 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten) die Medienberichterstattung über Pegida eher für unausgewogen und – in der Selbstsicht: für besonders unfair – hält, der ...

- ist älter: Januar 2016 $r=.17$ (2015: Mai $r=.12$, April $r=.12$, Januar $r=.08$)
- fühlt sich durch Parteien und Politiker schlechter vertreten: Januar 2016 $r=.27$ (2015: Mai $r=.38$, April $r=.47$, Januar $r=.25$)
- ist mit der in Deutschland funktionierenden Demokratie weniger zufrieden: Januar 2016 $r=.18$ (2015: Mai $r=.13$, April $r=.26$)
- meint eher, die Anwendung von Gewalt gegen politische Gegner wäre in manchen Situationen in Ordnung: Januar 2016 $r=.22$ (2015: Mai $r=.14$, April $r=.13$)

Quelle: Eigene Befragungen.

Offenbar reichte die Empörung solcher Leute so weit, dass sie sogar die fallweise Gewaltanwendung gegen politische Gegner für zulässig hielten – kein Wunder also, dass es auf die Pegida-Demonstranten zurückfiel, wenn dergleichen vorkam.

Insgesamt ist unübersehbar, dass die Rufe „Lügenpresse“ und „Volksverräter“, überschießend und ungerecht wie sie waren, innerlich zusammenhängen. Sowohl von „den“ Politikern als auch von „deren Systempresse“ fühlten sich die Pegida-Demonstranten – ihrerseits zusammenfindend um die Kritik an der Migration besonders von Muslimen nach Deutschland – sehr schlecht behandelt. Eben dies artikulierten sie, und sie empfanden sich dann eins ums andere Mal durch die sie treffenden, heftigen Abwehrreaktionen der in Politik und Medien Tätigen in ihrer Einschätzung bestätigt. Allgemeine Politik- und Politikerunzufriedenheit kristallisierte sich dabei an der Migrationsthematik nur aus und erhielt durch das Islamisierungsthema lediglich einen besonderen Akzent. Was also auf den ersten Blick xen- und islamophob zu sein schien und deshalb auf den Begriff des (kulturalistischen) Rassismus gebracht werden konnte, zeigt sich somit auf den zweiten Blick als Ausfluss vor allem von System- und Elitenverdrossenheit.⁴² Tatsächlich wurde Pegida – mitsamt der AfD als Pegida-Partei – immer mehr zum Sammelbecken für nachgerade alle aktuellen politischen Unmutsbekundungen, nämlich vom Ärger über die deutsche Ukraine- und Russlandpolitik über Verdrossenheit ob mangelnder sozialer Gerechtigkeit bis hin zum Schimpfen auf die Pflichtgebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.⁴³

5. „Wir sind das Volk“ – und wir fühlen uns nicht richtig repräsentiert

Einen besonders markanten Hinweis auf mancherlei Eigentümlichkeiten von Pegida-Demonstranten und auf deren Haltung zur bestehenden Demokratie gibt der Befund, dass im Januar 2016 nicht weniger als 74 Prozent der Befragten behaupteten, schon 1989 an den Montagsdemonstrationen der Friedlichen Revolution teilgenommen zu haben (2015: Mai 70 Prozent, April 71 Prozent, Januar 40 Prozent⁴⁴). Wenn auch unklar bleibt, ob sie sich

42 Siehe dazu auch Werner J. Patzelt / Joachim Klose, a.a.O. (Fn. 1), S. 481 – 533.

43 Siehe dazu die Befunde in ebenda, S. 222 – 235.

44 Die letzte Januar-Demonstration von 2015, aus der diese so klar nach unten abweichende Zahl stammt und die an einem Sonntagnachmittag stattfand, scheint einen ausnahmeartigen Teilnehmerkreis von Neugierigen und erstmals Kommenden gehabt zu haben, während die späteren

früher oder später – und somit mit mehr oder weniger persönlichem Risiko – diesen Demonstrationen angeschlossen hatten, definierten sich die befragten Pegida-Demonstranten doch deutlich in dieser höchst ansehnlichen Tradition. Aus ihr heraus empörte sie besonders, wenn sie – wie oft geschehen und anhand der damaligen Diskussion um Pegida leicht nachzuzeichnen – schlicht als „Demokratiegefahr“ oder als „Schande für Deutschland“ hingestellt wurden.⁴⁵

Gibt es aber Unterschiede zwischen den – wirklichen oder selbsterklärten – „Demonstranten von 1989“ sowie jenen Pegida-Teilnehmern, die gerade nicht behaupten, schon 1989 an den damaligen, revolutionären Montagsdemonstrationen teilgenommen zu haben? Nur zwei Merkmale erwiesen sich als stabil über alle drei beziehungsweise vier Befragungen hinweg: Die „1989er“ sind älter – und waren häufiger bei Pegida. Ansonsten lässt sich aus dem nachstehenden Zusammenhangsprofil allenfalls schließen, dass die – wirklichen oder angeblichen – „Demonstranten von 1989“ heute eine besonders große „Islamisierungsfurcht“ auf die Straße treibt.

Übersicht 5: Merkmale jener befragten Pegida-Demonstranten, die laut Selbstbeschreibung schon 1989 demonstrierten

Wer (wie gut 70 Prozent der Befragten) angibt, schon 1989 an Montagsdemonstrationen teilgenommen zu haben, der ...

- ist älter: Januar 2016 im Durchschnitt 58 vs. 55 Jahre (2015: Mai 59 Jahre vs. 51 Jahre, April 59 vs. 54 Jahre, Januar 54 vs. 41 Jahre)
- war häufiger bei Pegida-Demonstrationen: Januar 2016 im Mittel 28mal vs. 21mal (2015: Mai 14mal vs. 13mal, April 15mal vs. 12mal)
- meint weniger, ein friedlicher Islam gehöre zu Deutschland. Mittelwerte bei Teilnahme vs. Nicht-Teilnahme auf einer 5er-Skala zur Einschätzung des Islam: kein Befund im Januar 2016; 2015 Mai 4,0 vs. 3,9; April 4,2 vs. 3,7; Januar 3,6 vs. 3,3

Quelle: Eigene Befragungen.

Nicht weniger als 42 Prozent (2015: Mai 46 Prozent, Januar 38 Prozent) derer, die schon 1989 demonstrierten, „kommen die jetzigen Demonstrationen anders vor“ als jene von 1989.⁴⁶ 30 Prozent (2015: Mai 29 Prozent, Januar 32 Prozent) hingegen meinten, so ganz anders als damals beim Sturz des DDR-Regimes wären die seinerzeitigen Demonstrationen durchaus nicht.⁴⁷ 28 Prozent (2015: Mai 26 Prozent, Januar 30 Prozent) sprachen von einer „teilweisen“ Ähnlichkeit. Also spielt revolutionäres Traditionsbewusstsein zwar eine gewisse, doch eher diffuse Rolle für die Pegida-Demonstranten. Im Übrigen glaubten nicht weniger als um die 86 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten (2015: Mai 88 Prozent, April 87 Prozent, Januar 88 Prozent), ihre Demonstrationen würden Deutschland besser machen. Eben das motiviert viele auch. Nur 14 Prozent (2015: Mai elf Prozent, April zwölf Prozent, Januar zehn Prozent) meinten hingegen, ihre Demonstrationen würden

Demonstrationen, stets am Montagabend durchgeführt, anscheinend eher von jenen getragen wurden, die sich schon 1989 auf der Straße gegen ein politisches System aufgelehnt hatten oder sich zumindest zum Befragungszeitpunkt in deren Tradition stellten.

⁴⁵ Siehe dazu die Hinweise in den Fußnoten 23 und 32 sowie zur Intensität der Gegnerwahrnehmung auch Fußnote 26.

⁴⁶ Im April 2015 bei damals dichotomer Erhebung: 55 Prozent.

⁴⁷ Im April 2015 bei damals dichotomer Erhebung: 40 Prozent.

gar nichts ändern, und weniger als ein Prozent (2015: Mai und April ein Prozent, Januar zwei Prozent) waren der – in Öffentlichkeit und Gegnerschaft wie eine Selbstverständlichkeit behandelten – Ansicht, ihre Demonstrationen würden Deutschland schaden. Von diesem Selbstbild her, gleich wie berechtigt oder falsch es ist, wird einmal mehr plausibel, eine wie tiefe Abneigung Pegida-Demonstranten gegen jene zu hegen begonnen hatten, die ihre Anliegen nicht begriffen oder ihresgleichen gar verachteten.

Die Eigenschaften derer, die sehr intensiv auf gute Wirkungen von Pegida hofften, zeigt die Übersicht 6. Als besonders optimistisch erweist sich, wer – getragen von besonders „patriotischem Empfinden“ – durch häufiges Demonstrieren sowie durch zustimmende Parteinahme in Internetdiskussionen Pegida die Treue hielt. Genau solche Leute aber empfanden sich von Parteien und Politikern bislang nicht wirklich vertreten – und eben das erklärt, warum gerade unter ihnen die AfD so große Schwungkraft gewann.

Übersicht 6: Wer setzt besonders viele Hoffnungen auf gute Auswirkungen von Pegida?

Wer (wie bis zu 88 Prozent der befragten Pegida-Demonstranten) meint, die Pegida-Demonstrationen würden in Deutschland etwas zum Besseren ändern, der ...

- hat öfter an Pegida-Demonstrationen teilgenommen: Januar 2016 $r=-.16$ (2015: Mai $r=-.10$, April $r=-.09$)
- besucht öfter die Pegida-Facebook-Seite: Januar 2016 $r=.14$ (2015: Mai $r=.13$, April $r=.26$, Januar $r=.22$)
- beteiligt sich im Internet öfter an politischen Diskussionen: Januar 2016 $r=.16$ (2015: Mai $r=.08$, April $r=.13$)
- versteht sich stärker als „deutscher Patriot“: Januar 2016 $r=.16$ (2015: Mai $r=.17$, April $r=.06$)
- fühlt sich weniger durch Parteien und Politiker vertreten: Januar 2016 $r=-.15$ (2015: Mai $r=-.14$, April $r=-.14$, Januar $r=-.13$)

Quelle: Eigene Befragungen.

Dass die Pegida-Demonstrationen oder der Aufstieg der AfD Deutschland wirklich besser gemacht hätten, ist zwar nicht zu erkennen. Doch sehr wohl haben Pegida und die AfD als Pegida-Partei die heraufziehenden, ja lange schon heraufgezogenen Probleme unserer entstehenden Migrantengesellschaft unüberhörbar thematisiert. Pegida tat das allerdings bereits zu Zeiten, da ein Großteil von Zivilgesellschaft, veröffentlichter Meinung und Politik von einer möglichen Überforderung Deutschlands durch Migration samt Ausbreitung des Islam noch nichts hören wollte. Und weil Pegidas Thematisierungsverlangen auch mit erheblicher Grobheit der rhetorischen und symbolischen Mittel, zudem mit oft überschießender Demagogie einherging, ernteten die Pegidianer vor allem Gegenprotest und Spott – was beides wiederum sehr viel dazu beitrug, dass Pegida rasch bundesweite Aufmerksamkeit erlangen konnte. Erst seit den Kölner Silvesterereignissen von 2015/16 und angesichts der inzwischen – zumal seit den Cottbuser Geschehnissen vom Januar 2018⁴⁸ – kaum mehr übersehbaren Realbelastungen unseres Landes aufgrund des Migrationsgeschehens von 2015/16 wurden diese Dinge zu „normalen Themen“ innenpolitischer Diskurse.

48 Dazu unter anderem *Michael Stürzenhofecker*, So weit ist es also gekommen, in: Die Zeit online vom 24. Januar 2018, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-01/cottbus-fluechtlinge-rechtsextreme-gewalt-zuzug-stopp> (Abruf am 28. Januar 2018).

6. Was bleibt?

Womöglich hätten die Dresdner Demonstrationen manche rechtzeitigen Fehlerkorrekturen bewirken können, wenn die in Politik und Medien Tätigen sie zum Anlass genommen hätten, von sich aus jene breite Diskussion über die Herausforderungen einer Umgestaltung Deutschlands zum Einwanderungsland herbeizuführen, die der Gang der Ereignisse jetzt nacheilend ohnehin aufzwingt. Doch Öffentlichkeit und etablierte Politik vermieden zwischen 2014 und 2016 tunlichst eine auf politische Entscheidungen – und nicht nur auf politisch-kulturelle Deutungskämpfe – ausgehende Debatte über Migrations- und Integrationspolitik, vermutlich auch wegen ihrer in die Tiefen deutschen Selbstverständnisses reichenden Brisanz.⁴⁹ Derweil ging jene Migrationspolitik zunächst weiter, die Pegida hervorbracht und die AfD groß gemacht hat.

Dass inzwischen die Politik der Bundesregierung jenen Kurs eingeschlagen hat, den viele Pegidianer seit dem Spätherbst 2014 gefordert hatten⁵⁰, geht allerdings viel weniger auf Pegida zurück als auf jenen realen Problemdruck, dem durch ein „Weiter so!“ nicht mehr zu entkommen war. Zudem trugen die Wahlerfolge der AfD als Pegida-Partei zu jener Veränderung von Deutschlands politischer Landschaft bei, in der sich die ursprüngliche Migrationspolitik der Großen Koalition, von Grünen und Linken aufrichtig unterstützt, nicht länger durchhalten ließ. Also hat Pegida unmittelbar nicht mehr erreicht als eine nach ihrem Ausmaß nicht recht bestimmbar, zweifellos aber zusätzliche Sensibilisierung Deutschlands für Migrations- und Integrationsthemen.

Auf der Haben-Seite Pegidas steht im Wesentlichen eine erhebliche Politisierung, und zwar in einem Ausmaß, das politische Bildungsarbeit selbst mit einem noch so großen didaktischen Aufwand nicht hätte bewirken können. Vielleicht ist sogar die inzwischen klar gestiegene Wahlbeteiligung eine der Folgen jener Politisierung. Doch gegenzurechnen bleibt die tiefgreifende Vergiftung sehr vieler sozialer Beziehungen, ihrerseits durchaus mitbewirkt vom auf Ausgrenzung, nicht auf inhaltlichen Streit setzenden, dabei so außerproportional heftigen und am Ende eben doch recht fruchtlosen Kampf gegen Pegida und die AfD. Auch deshalb wurde Pegida zu einem partizipatorischen Unfall für unser Land und seine Demokratie. Viele Pegidianer hätten sich das anders gewünscht, die meisten Pegida-Gegner auch – und nüchterne Politikanalytiker erst recht.

49 Siehe dazu *Werner J. Patzelt*, Heimat, Heimatliebe und deutscher Patriotismus, Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung an der Universität Mainz am 23. Januar 2017, <http://wjpatzelt.de/2017/01/24/heimat-heimatliebe-und-deutscher-patriotismus/> (Abruf am 6. November 2017).

50 Siehe dazu die „19 Punkte“ der Pegida-Organisatoren vom 10. Dezember 2014. Zur öffentlichen Erörterung von deren „programmatischen“ Einlassungen siehe *Werner J. Patzelt / Joachim Klose*, a.a.O. (Fn. 1), S. 57 – 100; die „Programmtexte“ selbst finden sich dort auf S. 606 – 613.